

Beteiligen Sie sich an den

Herbstaktionen der Friedens- und Antikriegsbewegung

Samstag, 30. August 2008, 13⁰⁰ bis 17⁰⁰ Uhr, Marienplatz

Antikriegsmahnwache – Foto- und Informationsausstellung – Unterschriftensammlung für die Petition an den deutschen Bundestag gegen die Verlängerung des Bw-Mandats

Am 1. September 1939 begann mit dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen der 2. Weltkrieg. Heute betreibt Deutschland wieder Großmachtpolitik mit weltweiten Bundeswehreinsetzungen und der Beteiligung an völkerrechtswidrigen Angriffskriegen.

Montag 1. September 2008 – ANTIKRIEGSTAG, 17⁰⁰ Uhr

Picket Line vom Stachus zum Gewerkschaftshaus in der Schwanthalerstraße
Die PicketLine ist eine wandernde Menschenkette von DemonstrantInnen und Losungen.

18⁰⁰ Uhr **Veranstaltung im DGB-Haus** (Großer Saal), Schwanthalerstraße 64
unter dem Titel „**Die Folgen des Bundeswehreinsetzes in Afghanistan**“

mit **Dr. Matin Baraki** Afghanistan-Experte
Tobias Pflüger MdEP (Die Linke)
Dr. Axel Berg MdB (SPD)
Jerzy Montag MdB (B'90/Die Grünen)

Samstag, 20. September 2008

Bundesweite zentrale Demonstrationen in Berlin und Stuttgart

Vor der Abstimmung im deutschen Bundestag über die Verlängerung des Bundeswehreinsetzes und die Aufstockung der Truppen in Afghanistan ruft die bundesweite Friedens- und Antikriegsbewegung zu zwei zentralen Großdemonstrationen auf. Wir organisieren mehrere

Busse zur Demo in Stuttgart

Abfahrt München: 20. Sept. 2008, 8⁰⁰ Uhr vor dem EineWeltHaus, Schwanthalerstraße 80

Rückfahrt von Stuttgart: ca. 16⁰⁰/17⁰⁰ Uhr

Fahrtkosten: Normalverdiener 20.– Euro / ermäßigt 15.– Euro

Anmeldung, Buskartenbestellung:

Bei den Veranstaltungen und

Tel. 089 - 16 95 19, Fax 089 - 168 94 15, Claus Schreer

oder per E-Mail: „friedensbuero@muenchner-friedensbuendnis.de“

Zahlungsweise: Bar, oder den Betrag auf folgendes Konto überweisen:

Martin Löwenberg, Kto.-Nr. 28 26 48 02 bei der Postbank München, BLZ 700 100 80

Kennwort: „Bus Stuttgart“

Wer das Geld überwiesen hat, erhält die Fahrkarte im Bus vor der Abfahrt.

Anmeldeschluss ist der 14. September 2008!

Diejenigen, die selbst nicht mit nach Stuttgart fahren können, bitten wir um Unterstützung durch eine „Solidaritäts-Busspende“ zur Finanzierung der ermäßigten Karten z.B. für SchülerInnen, Erwerbslose. Überweisung bitte mit dem Stichwort „Soli-Busspende“. Vielen Dank.

Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus

und Münchner Friedensbündnis unterstützt vom Kulturreferat der Landeshauptstadt München

Was uns die Politiker verschweigen – und was uns über die Medien auch kaum bekannt wird: Die Bilanz nach nun sieben Jahren NATO-Krieg und Besetzung in Afghanistan ist verheerend.

Kein Mandat für den Krieg! Bundeswehr raus aus Afghanistan!

Immer mehr Zivilisten werden zur Zielscheibe der militärischen Angriffe und Opfer der NATO-Bombardierungen. 8000 zivile Tote waren es im Jahr 2007, und ein Ende des Krieges ist nicht absehbar.

Afghanistan ist heute von demokratischen Verhältnissen weiter entfernt denn je. In den meisten Regionen herrschen Drogenbarone und Warlords. Sie stellen Minister und bekleiden wichtige Staatsfunktionen in der vom Westen installierten Kabuler Regierung. Die Mehrheit der afghanischen Bevölkerung lebt dagegen unter menschenunwürdigen, unsozialen Bedingungen. Täglich sterben 600 Kinder unter fünf Jahren aufgrund von Unterernährung. Die Alphabetisierungsrate und die durchschnittliche Lebenserwartung sind seit dem Einmarsch der Interventionstruppen noch weiter gesunken.

Deutsche Truppenaufstockung eskaliert den Krieg

Von Jahr zu Jahr und Schritt für Schritt wird der Bundeswehreinsatz in Afghanistan ausgeweitet: 2007 mit dem Einsatz von Tornado-Flugzeugen. Im Juli 2008 war es die Entsendung einer zusätzlichen „Schnellen Eingreiftruppe“ für sogenannte „robuste“ Kampfeinsätze. Und jetzt: Ab Herbst sollen die Bundeswehrtruppen in Afghanistan um zusätzliche 1000 Soldatinnen und Soldaten verstärkt werden. Das Mandat dafür soll Anfang Oktober vom Bundestag beschlossen werden, gleich für 14 Monate.

Die NATO und mit ihr die Bundeswehr verstrickt sich immer mehr in einen endlosen Krieg. Die Besatzungsherrschaft erzeugt immer heftigeren Widerstand. Den NATO-Krieg erlebt die afghanische Bevölkerung als Kriegsterror, und das erzeugt Gegenterror.

Dass die Militärintervention der NATO-Staaten die Demokratisierung und den Wiederaufbau Afghanistans oder die Terrorbekämpfung zum Ziel hatte, war von Anfang an eine Lüge. Schon die zehn-mal höheren Kriegsausgaben im Vergleich zu den humanitären und zivilen Aufwendungen sind entlarvend.

Deutschland wird *nicht* am Hindukusch verteidigt

Hinter der Propaganda von der „Friedenssicherung“ verbergen die Interventionsmächte ihre eigentlichen „Kriegsziele“: Die Eroberung und militärische Absicherung wirtschaftlicher Einflusszonen, ihren Anspruch auf den Zugriff zu den Öl- und Gasressourcen in Zentralasien und die Einrichtung von Militärbasen an einem geostrategisch entscheidenden Ort – zwischen China, Russland, Indien und dem Iran.

Multinationale Konzerne versprechen sich dadurch Milliardenprofite, und der Krieg selbst ist schon jetzt ein Milliardengeschäft für die Rüstungskonzerne der USA und Westeuropas.

Die Zeche zahlen in erster Linie die Menschen in den von Interventionskriegen heimgesuchten Ländern, aber nicht nur sie. „Unsere“ Kriegskosten in Deutschland, Europa und den USA spüren auch wir in Form von Sozialabbau, höheren Steuern und durch die Einschränkung und Beseitigung demokratischer Rechte.

Dem Frieden eine Chance – Abzug aller Interventionstruppen

Die NATO-Besatzungs- und Interventionstruppen sind derzeit das entscheidende Hindernis für eine friedliche Entwicklung in Afghanistan. Sie schützen eine Regierung die sich nicht der Mehrheit der Bevölkerung Afghanistans, sondern den ausländischen Besatzungsmächten und ihren Konzernen verpflichtet fühlt. Gleichzeitig sichern sie auch noch die Macht krimineller Drogenbarone und Warlords, welche an demokratischen und sozialen Veränderungen keinerlei Interesse haben.

Der Abzug der ausländischen Truppen ist unsere wichtigste Forderung und zugleich die Voraussetzung für die Stärkung ziviler Strukturen. Aus dem Militärhaushalt für Afghanistan sollen die Gelder genommen werden für Entschädigungen und Wiederaufbau.

Wir rufen deshalb zu Protesten gegen den Bundeswehreinsatz in Afghanistan auf

Nein zur Truppenaufstockung – keine Verlängerung des Mandats für den Krieg in Afghanistan!

Münchener Bündnis gegen Krieg und Rassismus* und *Münchener Friedensbündnis